

IALANA-Veranstaltung

„Wirtschaftssanktionen“ und Globaler Süden – Rechtliche, politische und humanitäre Dimensionen von einseitigen Zwangsmaßnahmen

15. November, Übersee-Museum Bremen

Vortrag von Dr. med. Helmut Lohrer, IPPNW Deutschland

Gesundheitliche Auswirkungen von Wirtschaftssanktionen

Ich möchte meinen Vortrag mit einem Patienten von mir beginnen.

Nennen wir ihn Achmed Sayed. Achmed lebt seit einigen Jahren hier in Deutschland. Er hat 2014 im Irak einen schweren Verkehrsunfall erlitten und dabei sein linkes Bein verloren. Die Amputation ist so hoch und ungünstig gelegen, dass er eine sehr komplexe Prothesenversorgung braucht – regelmäßige Anpassungen, neue Polsterungen, Ersatzteile, fachkundige Betreuung.

Hier in Deutschland ist das möglich.

Mit viel Aufwand ist es gelungen, für ihn eine Prothese anzufertigen, mit der er sich selbstständig bewegen kann.

Nun soll Achmed in den Irak abgeschoben werden.

In ein Land, das früher einmal ein funktionierendes, gut ausgestattetes Gesundheitssystem hatte – eines der besten im Nahen und Mittleren Osten – und das bis heute unter den Folgen der Sanktionen, der Kriege und der Zerstörung leidet und erst langsam wieder in der Lage ist, grundlegende medizinische Versorgung zu gewährleisten.

Für Achmed heißt das konkret:

Es ist ungewiss, ob es dort eine fachgerechte Prothesenversorgung gibt. Ob Ersatzteile verfügbar sind, spezialisierte orthopädietechnische Werkstätten auf dem Niveau existieren, die seine komplexe Prothese versorgen können.

Wenn nicht gewartet, würde seine Prothese innerhalb weniger Monate unbrauchbar werden. Und seine gesundheitliche Situation sich dramatisch verschlechtern.

Und das alles wegen fehlender Strukturen, die in einem erheblichen Maß durch Sanktionen zerstört wurden und erst langsam wieder aufgebaut werden.

Achmed wurde 1994 geboren. Da lag die Einführung der umfassenden UN-Sanktionen gegen den Irak bereits vier Jahre zurück. Sie wurden am 6. August 1990 vom Sicherheitsrat beschlossen – einstimmig. Über mehr als dreizehn Jahre hinweg wurden fast alle Importe und Exporte blockiert – mit dramatischen Folgen für die gesamte Bevölkerung.

Achmed ist in dieser Welt aufgewachsen. Er hat dort nie erlebt, wie ein funktionierendes Gesundheitssystem aussieht. Für ihn waren Medikamentenmangel, Ausfälle der

Stromversorgung, marode Krankenhäuser, fehlende Intensivbehandlung und ständige Engpässe im Alltag die Normalität.

Die IPPNW hat schon damals, in den 1990er und frühen 2000er Jahren, sehr eindrücklich beschrieben, was diese Sanktionen für die Menschen im Irak bedeuteten.

Professor Gottstein berichtete aus den dortigen Krankenhäusern von sterbenden Diabetikern, weil Insulin und Teststreifen nicht eingeführt werden konnten. Von Kindern mit Leukämie, deren Überleben bei adäquater Behandlung sehr wahrscheinlich gewesen wäre, die aber starben, weil Chemotherapeutika nicht verfügbar waren.

Die österreichische Ärztin Eva-Maria Hobiger hat berichtet, wie sie für ihr Mutter-Kind-Hospital in Basra einfache medizinische Geräte beantragt hat: Infusionsgeräte, ein Spezialkühlschrank für Blutkonserven, eine Zentrifuge. Neun Monate lang wurde alles blockiert. Als sie dann persönlich nach New York reiste, sagte der US-amerikanische Vertreter des Sanktionskomitees zu ihr den folgenden Satz:

„Ich spreche mit Ihnen nicht über leukämiekranken Kinder. Ich spreche nur über das Regime von Saddam Hussein.“

An dieser Stelle ist wichtig: Medizinische Güter waren offiziell von Sanktionen ausgenommen. Aber in der Realität half das wenig.

Denn Banken, Logistikfirmen, Hersteller – alle handelten aus Angst vor Sanktionen übervorsichtig. Sie blockierten lieber jede Lieferung, selbst wenn sie eigentlich erlaubt gewesen wäre. Diese sogenannte Over-Compliance hat die humanitären Auswirkungen der Sanktionen enorm verschärft. Für die Bevölkerung bedeutete das: Auf dem Papier durften Medikamente eingeführt werden. In der Realität kamen sie nicht an.

Ein ähnliches Bild wie damals im Irak zeigt sich bis heute in Kuba. Das Land verfügt über gut ausgebildetes medizinisches Personal, doch die jahrzehntelange Blockade und der damit verbundene Mangel an Ersatzteilen und Verbrauchsmaterialien führen dazu, dass selbst grundlegende medizinische Geräte regelmäßig ausfallen. Viele Fachabteilungen arbeiten deshalb weit unter ihrem eigentlichen Niveau. Kollegen dort haben mir berichtet, dass sie z.B. Blasenspiegelung nicht durchführen konnten, weil das notwendige Endoskop seit Monaten defekt war und weder repariert noch ersetzt werden konnte. An allen Ecken fehlt es dort, ich kann das hier nur exemplarisch darstellen. Medizinische Standards, die andernorts selbstverständlich sind, können schlicht nicht eingehalten werden. Und Menschen sterben infolge der mangelnden Versorgung.

All das waren lange Zeit Berichte von Ärztinnen und Ärzten, Hilfsorganisationen, Journalistinnen und Journalisten. Erst mit der Zeit erschienen systematische Belege und Studien, die die Erzählungen durch belastbare Zahlen belegten.

Was wissen wir heute über die gesundheitlichen und humanitären Folgen von Sanktionen? Tatsächlich gibt es dazu inzwischen eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Arbeiten.

Frühe ökonomische Studien, unter anderem aus der Politikwissenschaft und Entwicklungsökonomie, zeigen übereinstimmend: Sanktionen führen fast immer zu einer Verschlechterung zentraler wirtschaftlicher Indikatoren – steigende Arbeitslosigkeit, sinkende Reallöhne, Rückgang der Importe, Abwertung der Währung.

Diese Effekte wirken unmittelbar auf die Gesundheit der Bevölkerung: Medikamente werden teurer oder unerschwinglich, Versorgungsketten brechen zusammen, Krankenhäuser können Wartung oder Material nicht mehr bezahlen.

Mehrere Untersuchungen der letzten Jahre haben versucht, die gesundheitlichen Auswirkungen quantifizierbar zu machen.

Dazu zählt unter anderem eine Studie von CESifo, eine Kooperation der Universität München und des ifo-Instituts aus dem Jahr 2023 mit dem Titel „Sanctioned to Death? The Impact of Economic Sanctions on Life Expectancy and its Gender Gap“, zu deutsch: „Zu Tode sanktioniert? Die Auswirkungen wirtschaftlicher Sanktionen auf die Lebenserwartung und die geschlechtsspezifischen Unterschiede“. Sie hat gezeigt, dass Sanktionen die Lebenserwartung in den sanktionierten Ländern signifikant senken.

Erwähnen will ich hier die IPPNW-Studie *Body Count*, die Opferzahlen infolge des ‚War on Terror‘ untersucht hat. Joachim Guilliard war einer der Autoren, mehrere hier Anwesende waren beteiligt. *Body Count* untersucht zwar nicht primär Sanktionen, aber zeigt in ähnlicher Weise, dass politische Gewalt und Zwangsmaßnahmen verheerende Effekte auf die Gesundheit und die Sterblichkeit der Bevölkerung haben.

Seit August dieses Jahres liegt nun eine wirklich umfangreiche, robuste, internationale Analyse vor – eine in der renommierten Zeitschrift *The Lancet Global Health* veröffentlichte Studie mit dem Titel „Effects of international sanctions on age-specific mortality: a cross-national panel analysis“ – übersetzt- „Auswirkungen internationaler Sanktionen auf die altersspezifische Sterblichkeit: eine länderübergreifende Panel-Datenanalyse.

Und auf sie möchte ich nun näher eingehen.

Die drei Autoren haben dafür Daten aus einem Zeitraum von fünfzig Jahren ausgewertet – von 1971 bis 2021 – und insgesamt 152 Länder untersucht. Die Daten stammen aus offiziellen Quellen der UN, der Weltbank und anderen, renommierten Institutionen.

Sie haben sich die altersspezifische Sterblichkeit angesehen, also:

- Wie viele Kinder unter fünf Jahren sterben?
- Wie entwickeln sich die Sterberaten bei Jugendlichen, Erwachsenen, älteren Menschen?
- Und wie verändern sich diese Raten, wenn Sanktionen verhängt werden?

Ein besonderer Wert dieser Studie ist, dass sie verschiedene „Sender“ von Sanktionen unterscheidet.

Sie vergleicht:

- UN-Sanktionen
- Sanktionen durch die USA
- Sanktionen der EU

Ich möchte hier nicht auf einzelne statistische Verfahren eingehen, aber eines ist zentral: Die Studie versucht nicht einfach nur, Länder mit und ohne Sanktionen nebeneinander zu stellen.

Sie stellt die anspruchsvolle Frage:

Was wäre in einem betroffenen Land passiert, wenn es keine Sanktionen gegeben hätte?

Um dieser Frage näherzukommen, nutzen die Wissenschaftler verschiedene etablierte Verfahren, die sicherstellen sollen, dass nicht andere Faktoren – etwa Kriege, Wirtschaftskrisen oder Naturkatastrophen – die Ergebnisse verfälschen.

Dazu wurden sanktionierte Land mit ähnlichen Ländern, die nicht sanktioniert wurden, verglichen. Man schaute sich an, wie sich die Sterblichkeit vor, während und nach den Sanktionen entwickelt. Und man hat versucht herauszufinden, ob ein realer Sprung oder Bruch in der Sterblichkeitsentwicklung auftreten, die sich mit Sanktionen erklären lassen.

Kurz gesagt: Die Studie will so gut wie möglich isolieren, ob und wie sehr Sanktionen selbst die Sterblichkeit erhöhen.

Die Ergebnisse sind bemerkenswert.

Erstens:

Die Sterblichkeit steigt in sanktionierten Ländern – als Folge der Sanktionen - signifikant an.

Und zwar in fast allen Altersgruppen.

Zweitens, und nicht sehr überraschend:

Besonders stark betroffen sind die Verwundbarsten: Kinder unter fünf Jahren und ältere Menschen.

Drittens:

In ihrer Modellrechnung kommen die Autoren auf eine Zahl, die man fast zweimal lesen muss: Weltweit sind etwa 560.000 zusätzliche Todesfälle pro Jahr auf die Wirkung von Sanktionen zurückzuführen.

Eine ähnliche Zahl von Menschen stirbt pro Jahr durch bewaffnete Konflikte. Sanktionen sind nicht so sichtbar wie Bomben und Granaten, nicht so medial präsent – aber genauso tödlich.

Viertens:

Es macht einen erheblichen Unterschied, wer die Sanktionen verhängt: Unilaterale Zwangsmaßnahme durch die USA haben die stärksten negativen Effekte. Danach folgen Sanktionen durch die EU. UN-Sanktionen haben im Durchschnitt geringere Auswirkungen auf die Sterblichkeit.

Vielleicht fragen sich einige von Ihnen an dieser Stelle: Wie passt das zu den Erfahrungen im Irak? Denn die UN-Sanktionen gegen den Irak in den 1990er Jahren gelten als eines der härtesten Sanktionsregime der modernen Geschichte – mit verheerenden humanitären Folgen.

Die Autoren der Studie sagen selbst, dass sie aufgrund ihrer Daten negative Auswirkungen von UN-Sanktionen nicht ausschließen können.

Die Studie betrachtet Sanktionen der vergangenen fünf Jahrzehnte. Ich interpretiere die Ergebnisse so, dass die meisten UN-Sanktionsregime

- gezielter,
- stärker auf Waffen und Eliten begrenzt,
- zeitlich kürzer,
- und wohl konsequenter in Kombination mit humanitären Ausnahmeregelungen verhängt wurden.

Die UN-Sanktionen gegen den Irak (1990–2003) waren dagegen ein historischer Extremfall:

- sie waren nahezu vollumfassend,
- über 13 Jahre hinweg,
- ohne funktionierende humanitäre Schutzmechanismen,
- und sie wurden in sehr ausgeprägtem Maß durch die USA betrieben, wie das Beispiel der österreichischen Kollegin exemplarisch zeigt

Diese Kombination existiert bei den meisten anderen UN-Sanktionen nicht.

Der Irak ist also kein Widerspruch zu den Ergebnissen der Studie. Er ist vielmehr ein dramatisches Beispiel dafür, wie zerstörerisch Sanktionen wirken können, wenn sie maximal umfassend und über lange Zeit durchgesetzt werden.

Eines wird deutlich: Sanktionen sind kein neutrales Instrument der Diplomatie. Sie sind ein Instrument struktureller Gewalt, das tief in die sozialen und gesundheitlichen Grundlagen eines Landes eingreift.

Und sie sind – darauf möchte ich ausdrücklich hinweisen – ein intrinsisch asymmetrisches Mittel.

Das heißt:

- Die politischen Akteure, die Sanktionen verhängen, gehören fast immer zu den wirtschaftlich stärksten Staaten der Welt.
- Die Staaten, die sanktioniert werden, gehören fast immer zu den vulnerabelsten.
- Und die Menschen, die am stärksten getroffen werden, sind fast nie diejenigen, auf die der politische Druck eigentlich (oder vorgeblich) zielen soll.

Es sind die Armen, die Alten, die Kranken, die Kinder. Nicht die Regierungen, nicht die Eliten, nicht die bewaffneten Gruppen.

Erlauben Sie mir noch ein paar zusätzliche Anmerkungen:

Spannend – und aus meiner Sicht problematisch – ist, dass die deutsche Bundesregierung in ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie von 2023 Sanktionen ausdrücklich als *zentrales Instrument* der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bezeichnet.

Sie werden dort als angeblich ‚wirksam‘ und ‚friedlich‘ dargestellt, als etwas, das zwischen Diplomatie und militärischer Gewalt angesiedelt sei.

Die wissenschaftliche Evidenz, die ich gerade berichtet habe, zeichnet allerdings ein ganz anderes Bild:

- Sanktionen sind keineswegs friedlich.
- Sie entziehen ganzen Bevölkerungen die lebensnotwendige Versorgung.
- Und sie treffen diejenigen, die keinerlei Einfluss auf politische Entscheidungen haben.

Die Vorstellung, Sanktionen seien eine Art „milde“ Form des politischen Drucks, lässt sich angesichts der Daten nicht länger aufrechterhalten. Wenn wir uns vor Augen führen, dass Sanktionen jährlich über eine halbe Million Menschen das Leben kosten, dann wird klar:

Sanktionen sind eine Form des Krieges – ein Krieg mit wirtschaftlichen Mitteln.

Sie töten nicht in Sekunden wie eine Bombe, sondern über Monate und Jahre durch Mangel, Krankheit, Verschleiß und den Zusammenbruch des Gesundheitswesens. Das macht sie nicht weniger brutal, sondern lediglich weniger sichtbar.

Was folgt daraus?

Ich glaube, wir brauchen eine grundlegende Neuausrichtung der internationalen Konfliktbearbeitung.

Wenn wir akzeptieren, dass jedes Menschenleben gleich viel wert ist – unabhängig von Nationalität, Alter, Geschlecht, Religion oder politischer Zugehörigkeit – dann dürfen wir Instrumente, die nachweislich Hunderttausende Menschenleben kosten, nicht als ‚normale‘ politische Werkzeuge behandeln.

Und vielleicht – wenn ich mir das als nicht-Jurist erlauben darf – bedarf es auch einer Reform der Vereinten Nationen, die sie wieder zu dem macht, was sie sein sollte: eine Plattform zur friedlichen Lösung von Konflikten und Koexistenz.

Wir müssen uns als internationale Gemeinschaft daran messen lassen, ob wir Konflikte lösen, ohne Menschenleben aufs Spiel zu setzen.

Oder, aus der Perspektive des ärztlichen Ethos: Unser Auftrag ist es, Leben zu schützen – nicht, politische Maßnahmen zu rechtfertigen, die Leben zerstören.